

Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Wirtschaftsausschusses des Bundestags

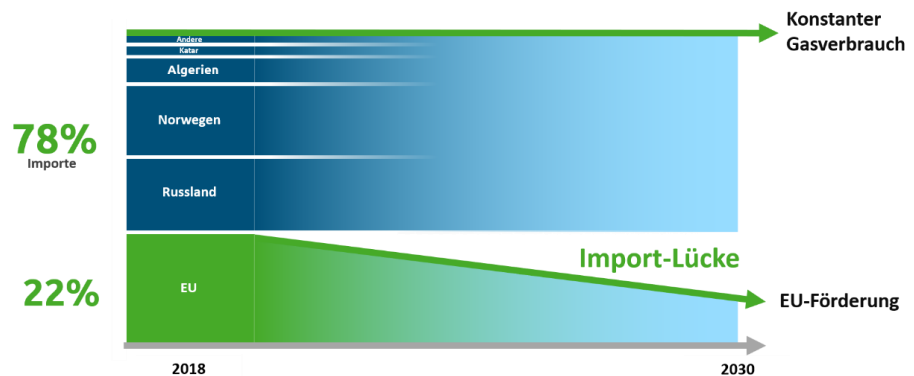
Souveränität deutscher und europäischer Energiepolitik sichern!

Steigende Importe für die europäische Gasversorgung erforderlich

Der deutsche Gasmarkt steht, genauso wie der europäische, vor großen Herausforderungen: Bei gleichem Bedarf sinkt die heimische Produktion und es entsteht ein zusätzlicher Importbedarf.

Der Bedarf für Erdgas als CO₂-ärmsten fossilen Energieträger wird – getrieben durch die verstärkten Klimaschutzbemühungen – in den nächsten Jahrzehnten mindestens konstant bleiben, wenn nicht sogar steigen. In Deutschland spielt Erdgas eine zentrale Rolle im Energiemix: rund ein Viertel fällt auf den Energieträger, Tendenz steigend. Erdgas heizt die Hälfte der deutschen Haushalte und deckt ein Drittel des Verbrauchs in der Industrie. Die Klimaziele führen dazu, dass nicht nur in Deutschland der Kohleausstieg in vollem Gang ist, in Folge steigt die Bedeutung von Gaskraftwerken für die Sicherung der Stromversorgung.

Gleichzeitig wird die Erdgasförderung in der EU deutlich sinken. Die größten Gasfelder in Groningen, Niederlande, haben 2013 noch 54 Milliarden Kubikmeter (bcm) Erdgas produziert. Im Jahr 2022 werden die Felder geschlossen. Es entsteht eine Lücke von bis zu 120 bcm, die kurz- und mittelfristig durch zusätzliche Importe gedeckt werden muss. Neben neuen Pipelineprojekten wie unter anderem Nord Stream 2 mit einer Kapazität von 55 bcm werden Importe von verflüssigtem Erdgas (LNG) diese erhebliche Lücke schließen.



Entwicklung der Gasversorgung der EU
(Quelle: Eurostat, EU-Referenzszenario)

Russland mit den weltweit größten Gasvorkommen kommt dabei eine besondere Rolle zu: Nord Stream 2 ermöglicht den Anschluss des EU-Gasmarkts an neue russische Gasfelder. Die gewählte Route verkürzt den Gastransport im Vergleich zur Route durch die Ukraine um 2.000 km. Gepaart mit moderner Technologie verringern sich entsprechend die Vorkettenemissionen und Transportkosten.

Neue Erdgasinfrastrukturen sind daher für die sichere Gasversorgung Europas von zentraler Bedeutung und dürfen nicht durch extraterritoriale Sanktionen gefährdet werden.

Geplante Sanktionen „PEESCA“ gefährden Nord Stream 2

Der im Juni vorgelegte Gesetzesentwurf „Protecting Europe’s Energy Security Clarification Act“ (kurz: PEESCA) hat das Ziel, die bereits im Dezember 2019 in Kraft getretenen US-Sanktionen für die Nord Stream 2-Pipeline massiv auszuweiten. Während bis dato die Verlegeschiffe betroffen waren, erweitert PEESCA den Kreis der Sanktionen auf alle Unternehmen, die am Bau beteiligt sind.

Das neue Sanktionspaket trifft Firmen, die den Bau physisch begleiten (Lagerung von Röhren, Logistik, Bodenvorbereitungen, Grabenaushebungen, Vermessungen), Dienstleister (Prüfungen, Zertifizierung) und sogar deutsche Behörden, die an der Genehmigung des Projektes beteiligt sind.

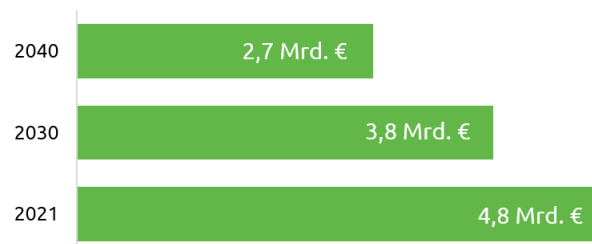
Gravierend ist auch die geplante rückwirkende Geltung des erweiterten PEESCA-Sanktionspakets ab 19. Dezember 2019. Damit könnten ohne Abwicklungsfrist unverzüglich Sanktionen für Handlungen verhängt werden, die in der Zwischenzeit stattgefunden haben. Betroffene Unternehmen erhalten keinerlei Warnung und können sich nicht vor den Sanktionen schützen.

Werden die Sanktionen tatsächlich durchgesetzt, ist nach heutigem Stand weder die Fertigstellung noch die Inbetriebnahme der Pipeline möglich.

Starke wirtschaftliche Schäden möglicher Sanktionen

Über 120 Unternehmen aus mehr als zwölf europäischen Ländern wären direkt von dem Sanktionspaket betroffen, was Investitionen in Höhe von 700 Millionen Euro für die Fertigstellung der Pipeline verhindert. Mit Blick auf die unvorhersehbare wirtschaftliche Situation in Deutschland und der EU sollten solche Investitionsausfälle nicht hingenommen werden.

Dazu kommen die bereits getätigten Investitionen der letzten Jahre in Höhe von zwölf Milliarden Euro. Gazprom hat mit fünf europäischen Investoren, darunter die deutschen Unternehmen Wintershall Dea und Uniper, bereits acht Milliarden Euro in Nord Stream 2 investiert – fast weitere vier Milliarden sind in den Bau nachgelagerter Infrastruktur für die Weiterverteilung geflossen. Diese Leitungen wurden errichtet, um das über die Nord Stream 2-Pipeline gelieferte Erdgas in den europäischen Markt weiter zu transportieren. Sie unterliegen der Gesetzgebung der nationalen Regulierungsbehörden und werden über Gasnetzentgelte, die von allen Gaskunden getragen werden, finanziert.



Zusatzkosten für EU-Gaskunden bei Nicht-Inbetriebnahme von Nord Stream 2
(Quelle: EWI Köln)

Die Sanktionen zielen offensichtlich darauf ab, die Exporte von teurerem US-LNG nach Europa zu steigern, indem ein potenzieller Wettbewerber ausgeschaltet wird. Ohne Nord Stream 2 würden die europäischen Verbraucher und Industrien mit jährlichen Mehrkosten in Milliardenhöhe für die dann verteuerte Beschaffung belastet.

Der volatile LNG-Markt richtet sich zudem nach kurzfristigem Angebot und globaler Nachfrage, insbesondere auch außerhalb Europas, weshalb bei einer Verknappung kurzfristig erhebliche Preisspitzen auftreten können. Statische Pipelines mit langfristigen Verträgen hingegen sorgen für Marktstabilität, wie es die seit mehr als 50 Jahren bestehenden sicheren Versorgungsbeziehungen beweisen.

Zudem würden steigende Gaspreise den Kohleausstieg verlangsamen, mit entsprechenden Auswirkungen für die Klimabilanz.

Gefährdung des europäischen Energiebinnenmarktes

Die Europäische Union hat es in den vergangenen 15 Jahren verstanden, die Einkaufsmacht der europäischen Kunden im größten Importmarkt für Erdgas weltweit erheblich zu stärken, indem durch entsprechende regulatorische Maßnahmen ein sehr liquider europäischer Erdgasbinnenmarkt geschaffen wurde.

Zudem hat die EU durch gezielte Investitionsförderungen den Binnenmarkt technisch besser integriert und zum Auflösen von Netzengpässen beigetragen. So wurden die Liefermöglichkeiten von Gas innerhalb Europas erheblich verbessert und neue Importkapazitäten durch Pipelinegas und LNG erschlossen.

Vor allem hat der starke Binnenmarkt die Kräfteverhältnisse im internationalen Gasmarkt zugunsten Europas verschoben – und sorgt zudem verlässlich dafür, dass marktbeherrschende Stellungen einzelner Unternehmen auf diesem Markt ausgeschlossen sind und eine hohe Diversifikation der Bezugs- und Vertragsbeziehungen gewahrt wird.

Dank des entstandenen Wettbewerbs zwischen internationalen Gasproduzenten liegen die europäischen Gaspreise auf einem international niedrigen Niveau. Markteingriffe in Form von Sanktionen verzerren diesen Wettbewerb und zerstören einen wesentlichen Erfolg europäischer Energiepolitik.

Entschlossene europäische Maßnahmen gefordert

Das Sanktionsvorhaben „PEESCA“ ist politisch ein deutlicher und einseitiger Eskalationsschritt der USA. Die Verabschiedung eines solchen verschärften und rückwirkenden Sanktionsgesetzes wäre ein nicht hinzunehmender Eingriff in die EU-Souveränität und die Energiesicherheit Westeuropas. Jenseits des Energiesektors und von Nord Stream 2 darf es für die wirtschaftliche Entwicklung Europas nicht akzeptabel sein, wenn die USA zunehmend mittels des Instruments von Sanktionen Handelspolitik betreiben. Die Schaffung eines solchen Präzedenzfalles extraterritorialer Sanktionen muss vermieden werden, denn auch in Zukunft wird Deutschland und die Europäische Union auf internationale Energiepartnerschaften angewiesen sein, beispielsweise für Wasserstoff.

Die deutsche Öffentlichkeit ist den geplanten Sanktionen gegenüber kritisch eingestellt. Bereits in Befragungen aus den Jahren 2018 und 2019 lehnte ein Großteil der Deutschen Sanktionen ab. Jüngste Ergebnisse einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey bestärken diesen Trend. Im Juni 2020 sagten mehr als 80 Prozent der Befragten, sie seien gegen die neuen Sanktionen.

Angesichts der grundsätzlichen Bedeutung der Sanktionsdrohungen für die EU-Handels- und Sicherheitspolitik halten wir eine geschlossene Position des Deutschen Bundestages, flankiert durch eine starke Reaktion anderer betroffener EU-Mitgliedstaaten und eine entsprechende Intervention der EU-Kommission bei der US-Regierung, für geboten.